



Info-Brief November 2009



Liebe Wandsbekerinnen, liebe Wandsbeker

Mit diesem Infoblatt bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich über unsere Arbeit zu informieren. Kommunalpolitik soll und muss die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger verbessern. Dies kann nur im Austausch mit Ihnen erfolgen. Damit wir Ihre Vorstellungen erfahren, bieten wir Ihnen mit dieser kleinen Veröffentlichung auch die Möglichkeit, mit uns in einen Dialog einzutreten.

Ihr Thomas Ritzenhoff

Inhalt

- Bezirksversammlung am 5. November
- Anfragen der SPD-Fraktion in diesem Monat
- Baustopp für die Straßenbrücke am Dassauweg
- Der Spar-Hammer des Senats

Impressum:

SPD-Fraktion in der
Bezirksversammlung Wandsbek
Schloßstraße 12
22041 Hamburg
ViSdP: Ulrike Nickel

Bezirksversammlung am 5. November 2009

Am 5. November findet die nächste Sitzung der Bezirksversammlung statt. Die SPD-Fraktion hat das Thema „Der schwarze Freytag für die Bezirke“ als aktuelle Stunde angemeldet, hier wird es um die desolote Finanzpolitik des Senates gehen.

Zur Debatte angemeldet ist der Antrag „S4 nicht konterkarieren – vorläufiger Baustopp für die Straßenbrücke am Dassauweg!“. Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass erst geklärt wird, für welche Gleisanzahl die Brücke am Das-

sauweg ausgelegt sein soll, bevor der Bau weiterbetrieben wird und möglicherweise eine fast neue Brücke wieder abgerissen werden müsste.

Ein weiterer Antrag der SPD-Bezirksfraktion „Wandsbek sagt nein— Der Spar-Hammer des Senats gehört in das Rathaus und nicht in die Bezirke!“ setzt sich mit den Folgen der Finanzpolitik des Senates für die Bürgerinnen und Bürger des Bezirks auseinander und fordert die Bezirksamtsleiterin auf, sich für die Belange des Bezirkes einzusetzen.

Weiterhin wird die SPD-Fraktion die folgenden Anträge in die Beratungen einbringen:

- Kaufinteressenten und deren Konzepte für die Ohlen-dorff'sche Villa und das ehemalige Johannes-Petersen-Heim im Regionalaus-schuss Walddörfer vorstellen
- Presseauswertungen für die Fraktionen
- Kleine Anfragen in OpenPlenum darstellen
- Heinz-Erhardt-Park endlich aufwerten

Anfragen der SPD-Fraktion in diesem Monat

Gleich drei Anfragen hat die SPD-Bezirksfraktion zur Sitzung der Bezirksversammlung im November eingereicht:

- Modernisierung der Asklepios Klinik Wandsbek im Umfeld schützenswerter Wohnbereiche
- Peter Petersen – ein Rassist und Antisemit als Namensgeber?
- Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Wohngebieten

Im Zuge der Modernisierung der Asklepios-Klinik Wandsbek soll nach aktuellen Kenntnissen benachbarter Grundstückseigentümer statt der bisher geplanten Parkpalette ein siebenstöckiges Parkhaus gebaut werden, die Anwohner befürchten Beeinträchtigungen und deswegen hat die SPD-Fraktion zur Klärung der Sachlage eine Anfrage an das Bezirksamt und die Fachbehörden gestellt.

Aktuellen Presseberichten ist zu entnehmen, dass der Namensgeber der Peter-Petersen-Schule in Wellingsbüttel, Dr. Peter Petersen (1884

-1954), in Verdacht steht, mit antisemitischen Schriften und rassenideologischen Aufsätzen in Erscheinung getreten zu sein und damit das NS-System unterstützt zu haben. Die Anfrage der SPD hat zum Ziel, darüber Klarheit zu schaffen, ob das Thema an der Schule diskutiert wird und mit welchem Tenor.

Die dritte Anfrage schließlich setzt sich mit der Frage auseinander, aus welchem Anlass das Bezirksamt für die Straße Achtern Hollernbusch verkehrsberuhigende Maßnahmen vorgesehen hat und für andere Straßen des Bezirkes nicht.

Wandsbek sagt nein—

Der Spar-Hammer des Senats gehört in das Rathaus und nicht in die Bezirke!

Nachdem die Bürgerinnen und Bürger in Wandsbek in den vergangenen Jahren die Folgen einer unsoliden Wirtschafts- und Finanzpolitik des Senats mit gravierenden Einschränkungen der Dienstleistungen des Bezirks zunehmend spüren mussten und im gleichem Zuge die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Dienststellen durch Personalabbau an die Grenzen ihrer Belastbarkeit geführt wurden, hält der Senat in finanzpolitischer „Rasenmäher - Mentalität“ offenbar weiter daran fest, der desolaten Haushaltsslage mit Dienstleistungsentzug auf dem Rücken der Menschen vor Ort zu begegnen.

Es ist verfehlt, ausschließlich Konjunkturkrise und ausbleibende Steuern für die drohende „Insolvenz“ des städtischen Haushalts verantwortlich zu machen. Hier zeigen sich gleichermaßen die Folgen der „Leuchtturmpolitik“ des Senats und einer verfehlten Steuerung von Prestigeobjekten.

Seit langem ist bekannt, dass Einsparungen in den Bezirken nur noch im Personalbereich möglich wären. Hier zu kürzen hat verheerende Folgen für die sozialen Dienste, für das Kindeswohl, für Erziehungs- und Mütterberatung, Elterneinrichtungen und Jugendhäuser, um nur wenige Beispiele zu nennen. Wer dies will, riskiert Unfrieden in der Gemeinschaft und trägt zur weiteren Verschärfung sozialer Ungleichgewichte bei.

Die Bürgerinnen und Bürger in Wandsbek haben nicht zu vertreten, dass der Senat keine vorsorgende und nachhaltige Finanzpolitik betrieben hat. Ihnen gleichwohl weitere Dienstleistungen in den Bezirken zu entziehen, verletzt einfache Regeln politischer Fairness.

Die SPD-Fraktion hat beantragt, dass die Bezirksversammlung Wandsbek mit aller Entschiedenheit feststellt, dass der Bezirk

weiteren Personalabbau bei den bezirklichen Dienstleistungen zur Stopfung von Haushaltslöchern nicht leisten kann und die Beschäftigten des Bezirks bereits heute an den Grenzen ihrer Belastbarkeit sind.

Die Bezirksversammlung Wandsbek soll nach dem Petition der SPD an den Senat appellieren, die Bürgerinnen und Bürger des Bezirks nicht den Folgen einer „Politik des Kaputtsparens“ auszusetzen und von weiteren Überlegungen zu Einschränkungen von örtlichen Dienstleistungen abzusehen. Unangetastet bleiben müssen auch die Rechte der Bezirksversammlung, insbesondere dürfen die Regionalausschüsse nicht abgeschafft werden und die Restmittel sind wie in den Vorjahren ungekürzt zu übertragen.

Die Bezirksamtsleiterin wird gebeten, diesen Appell in geeigneter Weise den zuständigen Senatsbehörden zu übermitteln.

S4 nicht konterkarieren –

vorläufiger Baustopp für die Straßenbrücke am Dassauweg!

Am Dassauweg in Meiendorf wird derzeit im Rahmen der Aufhebung der Bahnübergänge an der Strecke Hamburg-Lübeck durch Stadt und Bahn der Bau einer Straßenbrücke geplant; vorbereitende Arbeiten für den Brückenbau haben bereits begonnen. Wie aktuell vom Senat mitgeteilt wurde, ist die neue Brücke vorsorglich bereits für drei Gleise darunter ausgelegt. Doch eine Entscheidung darüber, ob die Eisenbahnstrecke hier für die S 4 drei- oder nicht besser viergleisig gebaut werden soll, gibt es noch gar nicht. Im Gegenteil: Die Länder wollen die Anzahl der notwendigen Gleise in Kürze erst noch untersuchen lassen.

Der Bau der Brücke am Dassauweg in der derzeit geplanten Form widerspricht damit der bisherigen

Ankündigung des Senats, den Bau zusätzlicher Gleise für eine S-Bahn nach Ahrensburg (S 4) bei den Ersatzbauwerken für Bahnübergänge optional zu berücksichtigen. So ließ der Senat im Februar 2005 (DS 18/1820) verlauten: „(...) es ist jedoch generell vorgesehen, bei den Projekten zur Aufhebung der Bahnübergänge den mehrgleisigen Ausbau im notwendigen Umfang zu berücksichtigen. Die Straßenbrücken erhalten die erforderliche Breite.“ Auch im technischen Erläuterungsbericht heißt es bereits: „Der eventuell spätere Ausbau der Bahnlinie mit einer S-Bahntrasse soll durch das Bauvorhaben nicht verhindert werden.“ Das Gegenteil ist nun der Fall.

Würde der Bau der Straßenbrü-

cke am Dassauweg in der jetzt geplanten Form erfolgen, würde hier eine Engstelle für einen viergleisigen Ausbau der Bahnstrecke geschaffen, mit negativen Folgen für den späteren Betrieb der S-Bahn nach Ahrensburg. Alternativ müsste eine erst wenige Jahre alte Brücke abgerissen werden, um eine durchgehend viergleisige Trasse zu ermöglichen.

Die SPD beantragt, dass das Bezirksamt sich dafür einsetzt bzw. dass den zuständigen Fachbehörden empfohlen wird, die Bauarbeiten für den Bau der Straßenbrücke am Dassauweg auszusetzen, bis eine Entscheidung über die hier zu bauende Anzahl der Gleise getroffen wurde. Die derzeit im Bau befindlichen Leitungsarbeiten sollen zu Ende geführt werden.